

## EINLEITUNG

Die vorliegende Arbeit über die Sozialdemokratie und das Sozialistengesetz in Württemberg sucht Ursachen und Bedingungen der relativen Liberalität herauszufinden, die in Württemberg nach Auffassung der Zeitgenossen bestanden hat. Sie untersucht, inwieweit tatsächlich davon gesprochen werden kann, daß die Repression gegen die Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz in Württemberg nicht ganz so scharf war wie sonst im Reich. Es wird also zu untersuchen sein, welche Haltung die politischen Kräfte in Württemberg zur Sozialdemokratie eingenommen haben. Weiter wird danach zu fragen sein, in welchem Verhältnis die spezifisch württembergische Liberalität zu den liberalen und demokratischen Prinzipien der bürgerlichen Revolution steht.

Das Sozialistengesetz war zwar ein Reichsgesetz, es konnte aber von den Einzelstaaten nach eigenem Gutdünken angewandt werden, da seine Ausführung nach dem Wortlaut des Gesetzes<sup>1)</sup> den Landespolizeibehörden in den Einzelstaaten oblag. Allerdings übte Preußen bisweilen massiven Druck aus, wenn in einem Einzelstaat das Sozialistengesetz nicht scharf genug angewandt wurde. Jürgen Jensen hat am Beispiel Hamburgs gezeigt, wie unter preußischem Einfluß in den Einzelstaaten sich repressive Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie durchsetzen konnten trotz erheblicher Bedenken.<sup>2)</sup> Peter Steinbach hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß die "Verpreußung" der deutschen Einzelstaaten sich nicht nur auf die verfassungspolitischen und allgemeinpolitischen Bereiche, sondern auch auf den politischen Stil beziehe. Er regte regionalgeschichtliche Untersuchungen über die Wirkung des Sozialistengesetzes an, vor allem für Regionen, "in denen die SPD kaum

---

1) Siehe unten (Anhang 1).

2) Jürgen Jensen: Presse und politische Polizei: Hamburgs Zeitungen unter dem Sozialistengesetz 1878-1890. Hannover 1966, S. 177.

oder gar nicht organisatorisch und/oder publizistisch verfestigt war".<sup>3)</sup> Das Sozialistengesetz, so Steinbach, habe sich nämlich nicht nur gegen die Sozialdemokraten gewandt, sondern sei von Bismarck dazu benutzt worden, Konservative, Liberale und auch das Zentrum enger an seine Politik zu binden. Hans-Ulrich Wehler hat darauf hingewiesen, daß die Herrschaftstechnik der "negativen Integration" von Bismarck dazu benutzt worden sei, eine Mehrheit von "reichstreu Elementen" gegen eine Minderheit von "Reichsfeinden" zu führen.<sup>4)</sup> Die Sozialdemokraten waren nur eine unter mehreren innerstaatlichen Feindgruppen, die als eine "ernsthafte Gefahr" erscheinen sollten. Neben den Sozialdemokraten wurden zu diesen "Reichsfeinden" die Großdeutschen, die Welfen, die Elsaß-Lothringer, die Dänen und Polen gerechnet. Außerdem wurden aber der politische Katholizismus, der parlamentarische Liberalismus, die "freisinnigen Juden" und die Sozialdemokraten als "die eigentlichen Reichsfeinde" aufgebaut.<sup>5)</sup> Durch die Bekämpfung der "Reichsfeinde" gewöhnten sich breite Teile der öffentlichen Meinung - so Wehler - daran, daß es "ein Gefälle unter den Staatsbürgern" gab und so "Reichsfeinde" als Bürger zweiter Klasse diskriminiert wurden. "Durch diesen Gewöhnungsprozeß", so Wehler, "wurde aber auch allmählich die Schwelle der Anstößigkeit dieser illiberalen Tendenzen gesenkt. Daß es inferiore Nachbarn gab, gehörte zur Alltagserfahrung der fünfzig Reichsjahre, die das Freund-Feind-Denken nährten".<sup>6)</sup> Ausnahmegesetze wie das Sozialistengesetz waren geeignet, das liberale Rechtsbewußtsein breiter Teile der öffentlichen Meinung zu korrumpieren. Es wird also zu untersuchen sein, ob diesen Tendenzen in Württemberg wir-

3) Peter Steinbach: Regionale Parteigeschichte, historische Wahlforschung und moderne Landesgeschichte. In: Hessisches Jb. für Landesgeschichte, Bd. 26 (1976), S. 239.

4) Hans-Ulrich Wehler: Das deutsche Kaiserreich 1871-1918. Göttingen 1977, 3. Aufl., S. 96.

5) Ebd., S. 97.

6) Ebd., S. 99 f.

kungsvolle Kräfte entgegengetreten sind, wo die Sozialdemokratie, gemessen an den Reichstagswahlergebnissen, noch schwach entwickelt war und weit unter dem Reichsdurchschnitt lag.

Das Herrschaftssystem des zweiten deutschen Kaiserreichs bis zu Bismarcks Sturz im Jahr 1890 wird vielfach als System des Bonapartismus bezeichnet.<sup>7)</sup> Damit soll die soziale Funktion der Herrschaft erklärt werden mit ihrer "auch in Deutschland vorhandenen eigenartigen Mischung von charismatischen, plebiszitären und traditionalistischen Elementen".<sup>8)</sup> Das Sozialistengesetz schwächte die sozialistische Arbeiterbewegung und veränderte das politische Kräfteverhältnis zugunsten der bonapartistischen Diktatur. Auch wurde mit dem Sozialistengesetz insofern eine neue Phase des Antisozialismus eingeleitet, als das Ausnahmegesetz erheblich auch zur politischen Schwächung der Bourgeoisie beitrug.<sup>9)</sup> Bismarck benutzte nämlich das Sozialistengesetz, um die Spaltung der politischen

7) Ebd., S. 64 ff.; vgl. Gustav Seeber: Bismarcks Sturz. Zur Rolle der Klassen in der Endphase des preußisch-deutschen Bonapartismus 1884/85 bis 1890. Berlin 1977, S. 8 ff.

8) Das politische Instrumentarium des Bonapartismus war gekennzeichnet durch "eine Mischung von begrenztem Entgegenkommen einschließlich verblüffender Konzessionen an progressive Forderungen (Wahlrecht, Sozialpolitik, Wirtschaftsrecht) einerseits mit scharfer, unverhohlener Repression und Verfolgung der Gegner (Sozialistengesetz, Presseknobelung, Ausweisungen) andererseits, von Ablenkung des Emanzipationsdrucks nach außen durch eine militante Risikopolitik oder in den Imperialismus mit angebotenen (Staatsstreik, Nationalitätenmobilisierung) oder eingesetzten (Reichstagswahlrecht, Annexionen) revolutionären Mitteln" (Wehler, 1977<sup>3</sup>, S. 65), nach Hans-Ulrich Wehler ist das zweite deutsche Kaiserreich zu charakterisieren "als ein plebiszitär gekräftigtes, bonapartistisches Diktatorialregime im Gehäuse einer die traditionellen Eliten begünstigenden, aber rapider Industrialisierung und mit ihr partieller Modernisierung unterworfen, halbabsolutistischen und pseudokonstitutionellen, von Bürgertum und Bürokratie teilweise mitbeeinflußten Militärmonarchie" (ebd., S. 67).

9) Seeber, 1977, S. 24.

Kräfte des Bürgertums voranzutreiben, die sich auf Grund des wirtschaftspolitischen Umschwungs zur Schutzzollpolitik von 1878/79 vollzog.<sup>10)</sup>

Die Sozialdemokratie wurde durch das Sozialistengesetz in die Illegalität gedrängt, die "Sozialistische Arbeiterpartei" (SAP) und die sozialistischen Gewerkschaften auf Grund des Ausnahmegesetzes verboten. Die alltägliche Erfahrung der Sozialdemokraten unter dem Sozialistengesetz war, daß sie vom Staatsapparat mit Härte verfolgt und unterdrückt wurden und bei ihrem Bemühen, die Parteiarbeit im Geheimen fortzusetzen, ständig von hohen Strafen bedroht waren. Die Repression bewirkte bei den Parteimitgliedern Haß und Erbitterung gegen den bestehenden Staat. Es kam zu einer Radikalisierung der Sozialdemokraten.<sup>11)</sup> Damit waren günstige Bedingungen für die Rezeption des Marxismus gegeben: der Staat war nach diesem Instrument der herrschenden Klassen zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen. Der Marxismus bot eine Erklärung für den Klassenkampf und gleichzeitig die Hoffnung auf die Abschaffung der Klassengegensätze und damit auf das Ende der Klassenkämpfe.<sup>12)</sup> Mit der Rezeption des Marxismus löste sich die sozialdemokratische Partei Zug um Zug von dem bis dahin verbreiteten Theorie-Eklektizismus, bis 1890 der Marxismus

10) Ebd.

11) Hans-Josef Steinberg: Notwendige Besinnung auf das Sozialistengesetz. In: Neue Gesellschaft 25 (1978), S. 826.

12) Vernon L. Lidtke: The outlawed party social democracy in Germany, 1878-1890. Princeton 1966, S. 331; damit wird Auffassungen entgegengetreten, die die Radikalisierung der sozialdemokratischen Parteimitglieder unter dem Sozialistengesetz nur durch einen "vordergründigen, gefühlsmäßigen Haß auf die unterdrückende Staatsgewalt, insbesondere auf Bismarck" zu erklären suchen, die Frage des Klassenkampfes aber ausklammern (so z.B. Heinrich Hirschfelder: Die bayerische Sozialdemokratie 1864-1914. Teil II: 1878-1914. Erlangen 1979, S. 583).

schließlich die einzige Theorie geworden war, die der Partei für programmatische Äußerungen zur Verfügung stand.<sup>13)</sup>

Innerhalb der sozialdemokratischen Partei kam es in den achtziger Jahren zu einer zunehmenden Polarisierung zwischen einer gemäßigten, reformistischen Strömung auf der einen Seite und einer radikalen, marxistischen Strömung auf der anderen Seite. Zur gemäßigten Richtung gehörte die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, zur radikalen Richtung deren Minderheit um August Bebel, die Redaktion des "Sozialdemokrat" und der weit überwiegende Teil der Parteibasis. Die Auseinandersetzungen kulminierten 1884 im Streit um die Dampfersubvention, in dessen Verlauf es beinahe zur Spaltung der Partei gekommen war. Am Ende siegte die radikale, marxistische Richtung, und in der Folgezeit wurden staatssozialistische Anschauungen, die vor allem in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vertreten worden waren, immer mehr zurückgedrängt. Gleichzeitig erfolgte immer stärker die Rezeption marxistischer Theoreme.<sup>14)</sup> So wurde der Marxismus von den meisten Sozialdemokraten nur unvollständig und damit verfälscht rezipiert.<sup>15)</sup> Aber der Marxismus war 1890 als sozialdemokratische Parteitheorie ohne Konkurrenz.<sup>16)</sup>

Unter dem Sozialistengesetz entwickelte sich die Sozialdemokratie zur sozialistischen Massenpartei.<sup>17)</sup> Umstritten ist

13) Steinberg, 1978, S. 826.

14) Ebd.

15) Arno Klönne: Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte. Ziele. Wirkungen. Düsseldorf 1980, S. 66.

16) Hans-Josef Steinberg: Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem 1. Weltkrieg. Berlin/Bad Godesberg 1976, 4. Aufl., S. 40.

17) Z.B. Hans-Josef Steinberg: Die deutsche Sozialdemokratie nach dem Fall des Sozialistengesetzes. Ideologie und Taktik der sozialistischen Massenpartei im Wilhelminischen Reich. In: Hans Mommsen (Hrsg.): Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei. Verhandlungen der Sektion "Geschichte der Arbeiterbewegung" des Deutschen Historikertages in Regensburg, Oktober 1972. Frankfurt a.M. 1974, S. 52.

allerdings die Frage, ob die Sozialdemokratie in den achtziger Jahren nicht nur in ihrer Theorie, sondern auch in ihrer Praxis zu einer "revolutionären" Partei geworden war. Diese These wird vor allem von der Geschichtswissenschaft der DDR<sup>18)</sup>, aber auch von anderen marxistischen Wissenschaftlern<sup>19)</sup>, vertreten. Dagegen wird vielfach von Vertretern der "bürgerlichen" Geschichtswissenschaft, z.B. Heinrich Potthoff<sup>20)</sup> und Hedwig Wachenheim<sup>21)</sup>, eingewandt, es habe in der sozialdemokratischen Partei bereits während des Sozialistengesetzes ein Widerspruch zwischen marxistischer Theorie und reformerischer Praxis bestanden. Dieser These steht jedoch zweierlei entgegen: einmal hat sich die sozialdemokratische Partei selbst als revolutionäre Partei mit revolutionärem Ziel verstanden.<sup>22)</sup> Zum anderen ist die politische Praxis der Sozialdemokra-

18) Z.B. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 1. Berlin 1966, S. 352 ff.; Seeber, 1977, S. 392.

19) Wolfgang Abendroth: Das "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" vom 21. Oktober 1878 - Sozialökonomischer Hintergrund und Analyse. In: Dieter Döring/Otto Ernst Kempelz (Hrsg.): Sozialistengesetz, Arbeiterbewegung und Demokratie. Köln/Frankfurt 1979, S. 26.

20) Potthoff spricht davon, das Sozialistengesetz habe "eine in sich widerspruchsvolle doppelte Wirkung (gehabt): vom Bewußtsein her eine Radikalisierung der Theorie, von der Methode her eine Orientierung auf die praktisch-parlamentarische Reformarbeit" (Heinrich Potthoff: Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945. Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 43).

21) Hedwig Wachenheim schreibt, die Marxisten hätten "die eigentlichen Aufgaben der Partei" darin gesehen, die Proletarier "ihrer Lage bewußt zu machen, ihren Geist zu bilden, sie zum Kampfe zu schulen (...) nicht aber (in) verfrühte(n) Verbesserungen der sozialen Lage" (Hedwig Wachenheim: Die deutsche Arbeiterbewegung 1844-1914. Köln/Opladen 1967, S. 150); eine derartige ultralinke Gegnerschaft gegen "verfrühte" Verbesserungen der sozialen Lage mögen allenfalls radikale, zum Anarchismus tendierende Sozialdemokraten eingenommen haben, nicht aber Marxisten, die sie bekämpften (siehe unten (VI.6.h.)).

22) Susanne Miller: Das Problem der Freiheit im Sozialismus. Frankfurt a.M. 1964, S. 186 ff.

tie unter dem Sozialistengesetz deshalb nicht unter dem Gesichtspunkt eines abstrakten Gegensatzes von Reform und Revolution zu betrachten, weil Reform und Revolution keineswegs unvereinbare Gegensätze sind, sondern, so Wolfgang Abendroth - eine dialektische Einheit.<sup>23)</sup> In diesem Zusammenhang ist Arno Klönne zuzustimmen, der darauf hingewiesen hat, daß die historische Arbeiterbewegung nicht an einem abstrakten Bild von "revolutionärer Politik" gemessen werden sollte, sondern an den realen historischen Möglichkeiten.<sup>24)</sup>

In der Literatur wird vielfach erörtert, daß zwischen 1871 und 1914 im Deutschen Reich eine Revolution nicht in Reichweite gelegen habe.<sup>25)</sup> Die Niederlage der Pariser Kommune und die Gründung des deutschen Kaiserreichs von 1871 hatten eine Machtverschiebung zuungunsten der Arbeiterbewegung bewirkt. Diese sah sich bereits 1871 dazu gezwungen, "unabhängig von allen prinzipiellen und theoretischen Erwägungen - die 'revolutionäre' Umwandlung der Gesellschaft mit nicht-militärischen Mitteln zu erstreben".<sup>26)</sup> Die von den Sozialdemokraten entwickelten Vorstellungen über den Weg zur Durchsetzung der revolutionären Ziele der Partei waren kontrovers. Die einen hofften, die Ziele der Arbeiterbewegung nur durch Reformen auf friedlichem Weg zu erreichen. Andere erwarteten eine gewaltsame Revolution.

Die Voraussetzung für die Erreichung einer parlamentarischen Republik auf legalem Weg war ein Bündnis der Sozialdemokraten

23) Wolfgang Abendroth: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. Mainz 1974, 3. Aufl., S. 32.

24) Klönne, 1980, S. 65.

25) Z.B. Jacques Droz: Geschichte des Sozialismus. Von 1875 bis 1918. Bd. 4. Frankfurt/M./Berlin/Wien 1975, S. 28.

26) Georg Eckert: Die Konsolidierung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zwischen Reichsgründung und Sozialistengesetz. In: Hans Mommsen (Hrsg.): Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei. Verhandlungen der Sektion "Geschichte der Arbeiterbewegung" des Deutschen Historikertages in Regensburg, Oktober 1972. Frankfurt a.M. 1974, S. 44.

mit den für eine vollständige Parlamentarisierung des Kaiserreichs eintretenden bürgerlichen politischen Kräften. Dieses konnte jedoch nicht zu Stande kommen, weil der größte Teil des Bürgertums aus Furcht vor der Sozialdemokratie auf ein offensives Vorgehen gegen die mangelnde Parlamentarisierung verzichtet hatte.<sup>27)</sup> Ernst Engelberg hat gezeigt, daß ein gemeinsames Etappenziel von Sozialdemokratie einerseits und bürgerlicher Demokratie andererseits, nämlich eine bürgerliche parlamentarische Demokratie, im zweiten deutschen Kaiserreich in der politischen Praxis der Sozialdemokratie nicht klar genug artikuliert worden und vor allem auch nicht bei den Massen verankert gewesen ist.

So erwartete August Bebel, daß eine Revolution in Deutschland für die nahe Zukunft bevorstehe und daß sie von vornherein eine sozialistische Revolution sein würde, weil der kleinbürgerlichen Demokratie der Massenanhang fehle. Friedrich Engels dagegen rechnete im Fall einer Revolution mit einer kleinbürgerlichen Demokratie als Zwischenspiel.<sup>28)</sup> August Bebel war in den achtziger Jahren davon überzeugt, daß die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung nahe vor ihrem Zusammenbruch stehe. Die Stagnationsperiode der "Großen Depression" von 1874 bis 1896 war für Bebel der Erfahrungszusammenhang, auf Grund dessen er Revolution und Zusammenbruch des Kapitalismus gleichsetzte.<sup>29)</sup>

Nach Steinberg hat sich in der Sozialdemokratie nach dem Gründerkrach von 1873 das vulgärmarxistische Dogma vom Zusammenbruch des Kapitalismus herausgebildet. "Der lange Abschwung der Konjunktur bis in die Mitte der 90er Jahre", so

27) Vgl. ebd., S. 40.

28) Ernst Engelberg: Revolutionäre Politik und Rote Feldpost 1878-1890. Berlin 1959, S. 82 ff.

29) Steinberg, 1974, S. 57 f.; am 24.2.1884 schrieb Bebel an Hermann Schlüter u.a.: "Schließlich stürzt der ganze Plunder durch einen tüchtigen Ruck wie ein Kartenhaus zusammen"; Bebel nahm an, die Revolution werde wahrscheinlich 1889 stattfinden (zit.n. ebd.).

Steinberg weiter, habe in der Bourgeoisie "Unsicherheit und Pessimismus" erzeugt. In der Sozialdemokratie sei er die Ursache gewesen "für jenen naiven Optimismus, der seit den 80er Jahren, vor allem seit dem Fall des Sozialistengesetzes, die Sozialdemokratie beherrschte, und zwar ganz besonders seine Mitgliedschaft".<sup>30)</sup>

Der naive Optimismus der Partei gründete sich auf die Vorstellung, der Aufstieg der Sozialdemokratie zur Massenpartei sei den unter dem Sozialistengesetz immer größer werdenden Wahlerfolgen der Partei zu verdanken und werde sich stetig fortsetzen. Die besonderen Aktionsbedingungen der Partei unter dem Sozialistengesetz hatte eine "Fixierung auf Wahlen und Wahlergebnisse als wichtigste Mittel politischer Auseinandersetzung" erzeugt, so Arno Klönne.<sup>31)</sup> Die beiden wichtigsten Erfolge, die die Sozialdemokraten unter dem Sozialistengesetz errungen hatten, die Entwicklung zur Massenpartei und der Fall des Sozialistengesetzes von 1890 erschienen als Folge unaufhaltsamer sozialdemokratischer Wahlerfolge. Nach Klönne wurde damals wie später zu wenig beachtet, daß "beide Erfolge der Arbeiterbewegung mindestens so sehr auf die sozialen Kämpfe, die Massenstreiks und die zunehmende gewerkschaftliche Aktivität zurückzuführen" waren.<sup>32)</sup> Nur die "Verschränkung parlamentarischen und außerparlamentarischen Vorgehens" habe zum Erfolg geführt.<sup>33)</sup>

Eine wichtige Frage bei der Bewertung der politischen Praxis der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz dürfte sein, ob praktische Reformpolitik im Gesamtzusammenhang einer proletarischen Klassenbewegung betrieben wurde oder ob sie im Sinne einer ausschließlichen allmählichen Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter betrieben wurde, die

30) Ebd., S. 57.

31) Klönne, 1980, S. 64 ff.

32) Ebd., S. 66.

33) Ebd., S. 65.

auf eine Integration in die bestehende kapitalistische Gesellschaft hin orientierte, bzw. darüber hinausgehend auf ein Arrangement mit dem bestehenden undemokratischen Staat unter Aufgabe des kompromißlosen Kampfes gegen den Bismarck-schen Bonapartismus. Dabei handelt es sich letztlich um die Alternative Klassenkampfpartei oder Volkspartei. In den Jahren unter dem Sozialistengesetz wurde diese Alternative in den Auseinandersetzungen zwischen radikaler und gemäßiger Strömung zugunsten der proletarischen Klassenkampfpartei entschieden.<sup>34)</sup> Im "Sozialdemokrat" wurde die sozialdemokratische Partei 1890 als "Partei des arbeitenden Volkes" und wirkliche Volksbewegung" bezeichnet.<sup>35)</sup> Auch wurde für sie der Begriff der "Volkspartei" in einem klassenkämpferischen Sinn beansprucht.<sup>36)</sup>

Nach herrschender Meinung war die württembergische Sozialdemokratie auf Grund einer ausgesprochen reformerischen, pragmatischen Tradition aus der Zeit vor dem Sozialistengesetz "reformistisch prädisponiert". Maja Christ-Gmelin und Wolfgang Schmlerer haben die Vermutung ausgesprochen, daß diese

34) Auf dem ersten Parteitag der Sozialdemokraten nach Aufhebung des Sozialistengesetzes erklärte Wilhelm Liebknecht u.a.: "Der Kampf, welcher gekämpft wird, ist ein Klassenkampf; es ist notwendig, gerade diesen Klassencharakter des Emanzipationskampfes zu betonen; zu konstatieren, daß die Klasse der Arbeiter gegenübersteht der Klasse derer, welche das Monopol der Arbeitsmittel besitzen." (Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Halle a.S. vom 12. bis 18. Oktober 1890. Berlin 1890, S. 41).

35) Artikel "Was uns groß gemacht hat", in: SD 38, 20.9. 1890, zit. n. Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 3. Berlin 1974, S. 337.

36) SD 9, 1.3.1890, zit. n. Marga Beyer: Selbstverständnis revolutionärer Sozialdemokraten über Wesenszüge der proletarischen Massenpartei (1890). In: ZfG 5 (1978), S. 658.

reformerische Tradition aus der Zeit vor 1878 noch in die Zeit nach 1890 hineingewirkt hat.<sup>37)</sup> Die vorliegende Arbeit wird diese Vermutung zu überprüfen haben.

Es ist in diesem Zusammenhang zu fragen, ob es nicht in Ansätzen bereits unter dem Sozialistengesetz für die württembergische Sozialdemokratie Kooperationsfelder mit dem Staat gegeben hat. In der Zeit nach 1890 produzierte das politische Milieu Württembergs, so Maja Christ-Gmelin, "eine reformistische Politik der Sozialdemokratie, welche die Zahl der Kooperationsfelder zwischen Staat und Sozialdemokratie vermehrte".<sup>38)</sup> Maja Christ-Gmelin kommt zu dem Ergebnis, daß nach 1890 die reformistischen sozialdemokratischen Funktionäre es unterlassen hätten, "die grundsätzliche Separation der Sozialdemokratie von den Normen der bürgerlichen Gesellschaft ihren Mitgliedern und Wählern klarzumachen", was sie auf einen "Mangel an theoretischem Bewußtsein" zurückführt.<sup>39)</sup>

Die Koppelung von Kooperation mit dem bürgerlichen Staat und Separation von den Normen der bestehenden Gesellschaft habe gefehlt. Dadurch seien nicht in ausreichender Weise eigene sozialistische Normen entwickelt worden.<sup>40)</sup> Fehle jedoch diese Separation, so verliere "die Kooperation ihren taktischen Charakter", das bestehende kapitalistische System zu überwinden. Die Kooperation werde dann zum Selbstzweck und führe "die oppositionelle Gruppe zur Anpassung an die Gesellschaft, die sie zu verändern beabsichtigte".<sup>41)</sup> Davon ausgehend ist zu fragen, wie sich in Württemberg die

37) Wolfgang Schmlerer: Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik. Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Württemberg 1862/63-1878. Hannover 1970. S. 263; Maja Christ-Gmelin: Die württembergische Sozialdemokratie 1890-1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Reformismus und Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie. Phil. Diss. Stuttgart 1976, S. 209.

38) Ebd.

39) Ebd., S. 210.

40) Ebd.

41) Ebd., S. 13.

Sozialdemokraten unter dem Sozialistengesetz in Theorie und Praxis zur Zusammenarbeit mit dem Staat und der Übernahme bürgerlicher Normen gestellt haben.

1978 wurde zum 100. Jahrestag des Sozialistengesetzes in der politischen Publizistik der BRD vielfach darauf hingewiesen, das Sozialistengesetz sei u.a. eine Folge des Nichtzustandekommens eines historischen Bündnisses von sozialistischer Arbeiterbewegung und bürgerlichem Liberalismus.<sup>42)</sup> Als Konsequenz habe sich eine Kontinuität antidemokratischer Unterdrückung demokratischer Kräfte durch repressive Maßnahmen und Gesetze mindestens bis zum Faschismus, ergeben. Wolfgang Abendroth<sup>43)</sup>, Hans Josef Steinberg<sup>44)</sup> und andere<sup>45)</sup> zogen diese Kontinuitätslinie der Verletzung

42) Z.B. Willy Brandt: Im Kampf für Freiheit suche stets dein Recht. In: "...vor 100 Jahren. "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie." Paulskirche 11. Juni 1978. Bonn 1978, S. 22; vgl. Theo Schiller: Diskriminierung mit Langzeitwirkung. In: Vorwärts. Sonderausgabe. 100 Jahre Gesetz gegen die Sozialdemokratie. Bonn, September 1978, S. 40 f.; weitere SPD-Veröffentlichungen: 1878-1978. Im Kampf um soziale Rechte und demokratische Freiheiten. SPD und das Gesetz gegen die Sozialdemokratie. Hrsg. vom Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information. Bonn 1978; unter dem Gesetz gegen die Sozialdemokratie. In: Sozialdemokrat Magazin 6, S. 23-25; Das Gesetz gegen die Sozialdemokratie. Die Tradition der Rechten. In: Sozialdemokrat Magazin 8, S. 8-11.

43) Abendroth, in: Döring/Kempelz (Hrsg.), Sozialistengesetz, Arbeiterbewegung und Demokratie, 1979, S. 13-27.

44) Hans-Josef Steinberg: Notwendige Besinnung auf das Sozialistengesetz. In: Neue Gesellschaft 25 (1978), S. 821-828; ders.: 100 Jahre Sozialistengesetz. Sichert die Grundrechte heute! In: Juso-Info. Sonderinformationsdienst. Hrsg. vom Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SPD. Bonn o.J. 1978.

45) Karl Ludwig Günsche/Klaus Lantermann: Verboten, Aussperren, Diffamieren. Hundert Jahre Sozialistengesetz und verwandte Praktiken. Köln/Frankfurt a.M. 1978; Arno Klönne: Das Sozialistengesetz und seine Folgen. In: spw 1 (1978), H. 1, S. 13-23; Udo Reichert: Sozialdemokratie

des bürgerlichen Prinzips der Rechtsgleichheit aller Bürger gegenüber der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland bis in unsere Tage hinein (KPD-Verbot, Berufsverbote auf Grund des Radikalenerlasses etc.).<sup>46)</sup> Von den Gewerkschaften der BRD bekannte sich vor allem die IG Metall nachdrücklich zu dem historischen Erbe, das im erfolgreichen Kampf der Arbeiterbewegung gegen das Sozialistengesetz zu sehen sei.<sup>47)</sup>

Für die Forschung ergaben die Veröffentlichungen in der BRD anlässlich des 100. Jahrestages des Inkrafttretens des Sozialistengesetzes wenig Neues.<sup>48)</sup>

---

unter dem Sozialistengesetz. In: Arbeitshefte zur sozialdemokratischen Theorie und Praxis. Nr. 15, 1978, S. 8-37; Peter Scherer: Der Kampf gegen das Sozialistengesetz 1878-1890. Hrsg. vom Vorstand der IG Metall. Frankfurt a. M. 1978 (IG Metall-Arbeitsheft 512).

46) Die Jungsozialisten in der SPD veranstalteten aus Anlaß des 100. Jahrestages des Sozialistengesetzes eine Kampagne zur "Verteidigung der demokratischen Rechte und Prinzipien" (100 Jahre Sozialistengesetz... Sichert die Grundrechte heute! Hrsg. vom Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SPD. Bonn o.J. (1978).

47) Der Vorstand der IG Metall zog als Lehren für ihren heutigen organisierten "Widerstand gegen das Kapital" "die Einsicht in die Unüberbrückbarkeit des Interessengegensatzes zwischen Arbeit und Kapital", die Notwendigkeit des Erhalts von Streik- und Koalitionsrecht und anderer demokratischer Rechte als Voraussetzung für die "politische und gewerkschaftliche Kampfkraft der Arbeiterbewegung" (Eugen Loderer/Hans Preiss: Vorwort. In: Scherer, 1978, S. 10); weitere Gewerkschaftsveröffentlichungen zum 100. Jahrestag des Sozialistengesetzes: Bernt Engelman: 100 Jahre Sozialistengesetz. In: metall 20, 4.10. 1978, S. 11-14; Ulrich Borsdorf/Hans O. Hemmer: Rückblick auf hundert Jahre Sozialistengesetz. In: einheit. Zeitung für Mitglieder der IG Bergbau und Energie, 20, 15.10.1978, S. 11; Karl-Alexander Hellfaier: Als der Eiserne Kanzler an den Roten scheiterte. Die deutsche Arbeiterbewegung in der Zeit des "Sozialistengesetzes" 1878 bis 1890. In: ötv-magazin (1978), H. 9, S. 36-43.

48) Vgl. Gerhard Beier: Im Kampf für Freiheit suche stets dein Recht! Bericht über die Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung: 100 Jahre "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie", am 11. Juni 1978 in der Frankfurter Paulskirche. In: IWK 14

In der DDR erschienen 1978 als Quellenedition ausgewählte Werke von August Bebel für die Zeit von 1863 bis 1890<sup>49)</sup> sowie eine Zusammenstellung literarischer und sonstiger Quellentexte zum Sozialistengesetz.<sup>50)</sup> Durch die bevorstehende Herausgabe der handschriftlichen Protokollaufzeichnungen über die Parteitage der deutschen Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes werden diese Quelleneditionen eine Ergänzung erhalten.<sup>51)</sup> Eine umfassende, aus den Quellen erarbeitete Darstellung über die Geschichte der Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz, die den Forschungsstand zusammenfasst und erweitert, legten 1980 Horst Bartel, Wolfgang Schröder und Gustav Seeber vor.<sup>52)</sup>

(1978), S. 338 f.; eine Ausnahme stellt die rechtschichtliche Untersuchung von Christoph-Ulrich Schminck-Gustavus dar, die das Sozialistengesetz von einem historisch-materialistischen Standpunkt behandelt (Christoph-Ulrich Schminck-Gustavus: Friedloslegung durch Gesetz. Nachlese zum 100. Jahrestag des Sozialistengesetzes. In: Demokratie und Recht 6 (1978), S. 251-256, 401-413; zu erwähnen sind außerdem 2 Ausstellungen zum 100. Jahrestag in Bonn und Bremen ("...vor 100 Jahren." Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. Eine Ausstellung des Archivs der sozialen Demokratie (Friedrich-Ebert-Stiftung) Bonn 1978; Hundert Jahre Sozialistengesetz. Eine Ausstellung zur Praxis staatlicher Repression im Deutschen Reich und Bremen 1878-1890. Bearb. von Christian Ellsel u.a. Bremen 1978); neu aufgelegt wurden die Erinnerungen von Joseph Belli, der das illegale Vertriebssystem der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz mitorganisiert hatte (Joseph Belli: Die rote Feldpost unter dem Sozialistengesetz. Hrsg. u. eingel. von Hans J. Schütz. Berlin/Bonn 1978, 9. Aufl.).

49) August Bebel: Ausgewählte Reden und Schriften. Bd. 1 1863 bis 1878. Bd. 2. 1878 bis 1890. Hrsg. von Horst Bartel u.a. Berlin 1978.

50) Dieter Fricke: "... und ausgelacht obendrein!" Heiteres und Ernstes aus dem Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen das Sozialistengesetz 1878-1890. Berlin 1978.

51) Volker Emmrich: Der Kampf der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands gegen das Sozialistengesetz und seine aktuellen Lehren. In: BZG 21 (1979), S. 127 ff.; dieser Bericht über ein Kolloquium der Fachgruppe Neuzeit der Historikergesellschaft der DDR vom 26.10.1978 gibt

Lokal- und regionalgeschichtliche Untersuchungen über die Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz liegen für einen Großteil der Einzelstaaten und der deutschen Großstädte vor. Sie befassen sich überwiegend mit organisationsgeschichtlichen Aspekten. Die älteren Arbeiten aus der Zeit vor 1933<sup>53)</sup> konnten sich noch auf die direkte Überlieferung innerhalb der Arbeiterbewegung stützen. Spätere Arbeiten dagegen waren vor allem auf die Auswertung schriftlicher Quellen der Arbeiterbewegung sowie von Polizei- und Behördenakten angewiesen.<sup>54)</sup>

einen Kurzüberblick über Forschungsstand und Forschungsvorhaben in der DDR aus der Zeit des Sozialistengesetzes.

52) Horst Bartel/Wolfgang Schröder/Gustav Seeber: Das Sozialistengesetz 1878 bis 1890. Illustrierte Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse gegen das Ausnahmegesetz. Berlin 1980 (künftig zit. als "Illustrierte Geschichte"), S. 351.

53) Eduard Bernstein (Hrsg.): Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Zweiter Teil: Die Geschichte des Sozialistengesetzes in Berlin. Berlin 1907; Georg Gärtner: Die Nürnberger Arbeiterbewegung 1868-1908. Nürnberg o. J. (1908); Heinrich Laufenberg: Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgebung. Bd. 2. Hamburg 1931; Hermann Müller: Geschichte der Arbeiterbewegung in Sachsen-Altenburg. Jena 1923; Theodor Müller: Die Geschichte der Breslauer Arbeiterbewegung. Zweiter Teil: Das Sozialistengesetz. Breslau 1925.

54) Günter Bergmann: Das Sozialistengesetz im rechtsrheinischen Industriegebiet. Ein Beitrag zur Auseinandersetzung zwischen Staat und Sozialdemokratie in Wuppertal und im Bergischen Land 1878-1890. Hannover 1970; Helga Berndt: Die auf Grund des Sozialistengesetzes zwischen 1880 und 1890 Ausgewiesenen aus Leipzig und Umgegend. Eine Studie zur sozialen Struktur der deutschen Arbeiterklasse Masch. Diss. Berlin 1972; Berndt hat die genealogischen Daten der Ausgewiesenen nicht nur aus den Polizeiakten, sondern auch aus Kirchenbüchern und Ständesamtsregistern erhoben und kam so zu gesicherten Ergebnissen über die soziologische Struktur eines wesentlichen Teils der damals aktiven sozialdemokratischen Mitgliedschaft; Ulrich Böttcher: Anfänge und Entwicklung der Arbeiterbewegung in Bremen vor der Revolution 1848 bis zur Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890. Bremen 1953; Georg Eckert: Die Braunschweiger Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz. 1. Teil (1878-1884). Braunschweig 1961; Georg Eckert: 100 Jahre



Der innenpolitische Umschwung, der sich 1878 im Zusammenhang mit der Durchsetzung des Sozialistengesetzes vollzog, ist auf landesgeschichtlicher Ebene bisher nur für Baden ausführlich untersucht worden.<sup>55)</sup> Lothar Gall hat gezeigt, wie 1878 das traditionell liberale Baden sich der konservativ-reaktionären Bismarckschen Reichspolitik beugen mußte. Ob sich in Württemberg Vergleichbares vollzogen hat, wird zu untersuchen sein.

Braunschweiger Sozialdemokratie. 1. Teil: Von den Anfängen bis zum Jahre 1890. Hannover 1965; Albrecht Eckhardt: Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie im Großherzogtum Hessen 1860-1900. In: Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde N.F. 34 (1976), S. 173-493; Dieter Fricke: Bismarcks Pratorianer. Die Berliner politische Polizei im Kampf gegen die Arbeiterbewegung (1871-1898). Berlin 1962; Hella Geis: Die sozialdemokratische Partei und Presse Münchens von den Anfängen bis zum Fall des Sozialistengesetzes 1890. Phil. Diss. München 1942; R. und A. Gottscholl: Die Görlitzer Arbeiterbewegung in der Zeit von 1871 bis 1903. Görlitz 1965; Karl-Alexander Hellfaier: Die sozialdemokratische Bewegung in Halle/Saale (1865-1890). In: AFS 1 (1953/54), S. 291-311; Hans-Otto Hemmer: Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet unter dem Sozialistengesetz. In: Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen. Hrsg. von Jürgen Reulecke. Wuppertal 1974, S. 81-109; Heinrich Hirschfelder: Die bayerische Sozialdemokratie 1864-1914. Teil I und II. Erlangen 1979; Jörg Schadt: Die sozialdemokratische Partei in Baden. Von den Anfängen bis zur Jahrhundertwende (1868-1900). Hannover 1971; Marianne Schmidt: Organisationsformen und Bewußtseinsentwicklung der Dresdner Sozialdemokratie in den Jahren 1881-1891. Ein regionalgeschichtlicher Beitrag zur Herausbildung der sozialistischen Massenpartei. Diss. Masch. Potsdam 1969; Erich Schneider: Die Anfänge der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Rheinpfalz (1864-1899). Ein Beitrag zur süddeutschen Parteiengeschichte. Phil. Diss. Mainz 1956; Wiland Schüller: Der Kampf der revolutionären Sozialdemokratie in der Kreishauptmannschaft Dresden während der ersten Phase des Sozialistengesetzes (1878-1881). Phil. Diss. Leipzig 1967; Hartmut Diethelm Soell: Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung im Reichsland Elsaß-Lothringen 1871-1918. Phil. Diss. Masch. Heidelberg 1963; Fritz Staude: Sei waren stärker. Der Kampf der Leipziger Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878-1890. Leipzig 1969; R. Strauß/K. Finsterbusch: Die Chemnitzer Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz. Berlin 1954; Karl Woesner: Die Geschichte der Arbeiterbewegung in Magde-

Die politische Entwicklung Württembergs im zweiten Deutschen Kaiserreich ist als eine vom Reich abhängige Entwicklung zu betrachten. Damit waren auch Grenzen für liberale Verhältnisse in Württemberg gesteckt. Es ist also zu prüfen, inwieweit Württembergs Regierung und politische Parteien an der Bismarckschen Politik der Bekämpfung innerstaatlicher Feindgruppen teilnahmen oder ihr reserviert oder sogar offen ablehnend gegenüberstanden.

Die Literatur zur allgemeinen Geschichte Württembergs<sup>56)</sup> hat die Frage des Sozialistengesetzes entweder überhaupt nicht oder nur am Rande berührt. Dieter Langewiesche hat neuerdings mit der Edition des Tagebuchs von Julius Hölder für die Jahre 1877-1880<sup>57)</sup> eine wichtige Quelle zur Frage des Sozialistengesetzes aus württembergischer Sicht zugänglich gemacht und in einem Aufsatz über Hölder einzelne Aspekte des Sozialistengesetzes für den württembergischen Liberalismus behandelt.<sup>58)</sup>

burg und Umgebung zur Zeit des Sozialistengesetzes. Magdeburg 1957.

- 55) Lothar Gall: Sozialistengesetz und innerpolitischer Umschwung. Baden und die Krise des Jahres 1878. In: ZGO 111 (1973), S. 473-577.
- 56) Das Königreich Württemberg. Eine Beschreibung von Land, Volk und Staat. Hrsg. von dem königlich statistisch-topographischen Bureau. Stuttgart 1884; Das Königreich Württemberg. Eine Beschreibung nach Kreisen, Oberämtern und Gemeinden. Hrsg. von dem K. Statistischen Landesamt. Stuttgart 1904; V. Bruns (Hrsg.): Württemberg unter der Regierung König Wilhelms II. Stuttgart 1916; Gottlob Egelhaaf: Württembergische Geschichte. Stuttgart 1922; Max Miller/Paul Sauer: Württembergische Geschichte 1871-1971. Stuttgart 1971; Karl Weller und Arnold Weller: Württembergische Geschichte im südwestdeutschen Raum. Stuttgart u. Aalen 1972, 7. Aufl.
- 57) Dieter Langewiesche (Hrsg.): Das Tagebuch Julius Hölders 1877-1880. Zum Zerfall des politischen Liberalismus in Württemberg und im Deutschen Reich. Stuttgart 1977.
- 58) Dieter Langewiesche: Julius Hölder (1819-1827). Zur Geschichte des württembergischen und deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert. In: ZWLG 36 (1977), S. 162 ff.

Eine Wirtschafts- und Sozialgeschichte Württembergs für den Zeitraum dieser Untersuchung (1878-1890) liegt bisher nicht vor.<sup>59)</sup> Da die Frage nach der Liberalität der politischen Verhältnisse in Württemberg eng verknüpft ist mit der Frage nach der Schärfe der Klassenkämpfe in Württemberg, ist es notwendig, einen groben Umriss zu zeichnen von jenen Sonderbedingungen, die Württembergs Wirtschafts- und Sozialentwicklung kennzeichnen.

Die drei wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Untersuchungen aus dem von Werner Conze geleiteten Projekt "Arbeitskräftepotential, Berufsdifferenzierung und soziale Lage der unselbständigen Arbeitskräfte im Industrialisierungsprozeß des Königreichs Württemberg"<sup>60)</sup> haben die Arbeiterbewegung leider nicht berücksichtigt.<sup>61)</sup>

59) Arnold Wellers Abhandlung genügt den Ansprüchen, die an eine moderne Sozialgeschichte zu stellen sind, nicht (Arnold Weller: Sozialgeschichte Südwestdeutschlands unter besonderer Berücksichtigung der sozialen und karitativen Arbeit vom späten Mittelalter bis zur Gegenwart. Stuttgart 1979).

60) Heilig Schomerus: Die Arbeiter der Maschinenfabrik Esslingen. Forschungen zur Lage der Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert. Stuttgart 1977; Peter Borscheid: Textilarbeiterschaft in der Industrialisierung. Soziale Lage und Mobilität in Württemberg 19. Jahrhundert. Stuttgart 1978; Volker Hentschel: Wirtschaftsgeschichte der Maschinenfabrik Esslingen AG 1846-1918. Stuttgart 1977.

61) Dieter Langewiesche hat m.E. zu Recht den Wert der Arbeiten von Schomerus und Borscheid gegenüber allzu anspruchsvollen Forderungen nach einer die Spezialdisziplinen übergreifenden Darstellung verteidigt (IWK 15 (1979), S. 167 ff.); Detlev Peukert hat darüber hinaus zu Recht darauf hingewiesen, daß der "Verzicht auf die Analyse der konkreten, wirtschaftlichen, technischen und sozialen Bestimmung des Arbeitsprozesses" zur Folge habe, daß die "Auswirkungen auf die psychische, soziale und ideologische Prägung des Industrieproletariats" nicht eruiert werden konnten; dadurch aber fehlte das "Verbindungsglied zwischen der objektiven Konstituierung der Klasse und der Herausbildung ihres politischen und gewerkschaftlichen Ausdrucks" (Das Argument 22 (1980), S. 144 f.); vielleicht werden die beiden in Arbeit befindlichen Dissertationen über die Sozialstruktur von Esslingen und Göppingen die Verbin-

Das Interesse an der Geschichte der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts in Württemberg hat in den letzten Jahren spürbar zugenommen. Dies zeigt die Tübinger Ausstellung über Kultur und Lebensweise der Arbeiter im Königreich Württemberg von 1976<sup>62)</sup> ebenso wie die jüngste Ausstellung des Württembergischen Landesmuseums über Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur in Stuttgart zwischen 1890 und 1933.<sup>63)</sup> Mit der Veröffentlichung "Arbeitertübingen" wurde zudem erstmals eine wissenschaftlich fundierte lokalgeschichtliche Darstellung der württembergischen Arbeiterbewegung von den Anfängen bis zur Gründung der BRD vorgelegt.<sup>64)</sup>

Die vorliegende Arbeit kann aufbauen auf den Ergebnissen der Untersuchung Wolfgang Schmiersers für die Zeit von 1863

der Sozialgeschichte und Geschichte der Arbeiterbewegung herstellen können (Gerhard Kempf: Die Entwicklung der Sozialstruktur Esslingens a.N. in der Phase der Hochindustrialisierung (1871-1914) (Projekt IWK 80-261); Ute Mocker: Die Entwicklung der Sozialstruktur Göppingens während des 19. Jahrhunderts (Projekt IWK 80-262); beide Projekte sind im Rahmen des Schwerpunkts Industrialisierung und sozialer Wandel im Großraum Stuttgart während des 19. Jahrhunderts bei Prof. Dr. Wolfgang v. Hippel, Univ. Mannheim, in Arbeit; Material für künftige Untersuchungen, die den Zusammenhang von Sozialgeschichte und Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg behandeln, dürfte vor allem die Auswertung folgender Quellen bieten: Gewerkschaftszeitungen, Berufsstatistiken der Gewerkschaften, Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten; eines der wichtigsten Themen dürften dabei Arbeitskämpfe und Lohnbewegungen sein (siehe unten (VI.4.)).

62) Martin Scharfe u.a.: Arbeiter. Kultur und Lebensweise im Königreich Württemberg. Ausstellungsbegleitheft. Ludwig-Uhland-Institut für empirische Kulturwissenschaft. Universität Tübingen. Tübingen 1976.

63) Thomas Brune u.a.: Arbeiterbewegung - Arbeiterkultur. Stuttgart 1890-1933. Begleitheft zur Ausstellung, 29. 4. - 14.6.1981. Herausgegeben vom Württembergischen Landesmuseum/Volkskundliche Sammlung. Stuttgart 1981.

64) Autorengruppe: Arbeitertübingen. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in einer Universitätsstadt. Tübingen 1980.

bis 1878.<sup>65)</sup> Für die Zeit nach 1890 liegen bereits zwei Dissertationen über die württembergische Sozialdemokratie vor.<sup>66)</sup> Die Bearbeitung des dazwischenliegenden Zeitraums (1878-1890) ist Gegenstand dieser Untersuchung.

Auf Initiative der Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg wurde 1979 erstmals eine wissenschaftliche Darstellung der sozialdemokratischen Partei in Baden-Württemberg für den gesamten Zeitraum von ihrer Entstehung bis zur Gegenwart veröffentlicht.<sup>67)</sup> Auch die SPD selbst brachte einen Abriß ihrer Geschichte heraus.<sup>68)</sup> Seit der von Wilhelm Keil 1907 anlässlich des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart verfaßten "Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung in Württemberg"<sup>69)</sup>, wurde damit 1979 und 1980 erstmals wieder zusammenfassend die Geschichte der württembergischen Sozialdemokratie dargestellt. Die Beiträge des Verfassers in den beiden genannten Publikationen<sup>70)</sup> referieren im Wesentlichen den Forschungsstand über die Geschichte der württembergischen Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz vor Beginn der Arbeit an der vorliegenden Dissertation.<sup>71)</sup>

65) Wolfgang Schmierer: Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik. Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Württemberg 1862/63-1878. Hannover 1970.

66) Maja Christ-Gmelin: Die württembergische Sozialdemokratie 1890-1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Reformismus und Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie. Phil. Diss. Stuttgart 1976; Hannelore Schlemmer: Die Rolle der Sozialdemokratie in den Landtagen Badens und Württembergs 1890-1914. Diss. Masch. Freiburg i.B. 1953.

67) Jörg Schadt/Wolfgang Schmierer (Hrsg.): Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis heute. Stuttgart 1979; darin u.a.: Maja Christ-Gmelin: Die württembergische Sozialdemokratie 1890-1914, S. 107-131; Jörg Schadt: Die badischen Sozialdemokraten unter dem Sozialistengesetz: auf dem Weg zur Landespartei, S. 64-70; Wolfgang Schmierer: Die Anfänge der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie in Baden und Württemberg - Vom Vormärz zum Sozialistengesetz von 1878, S. 35-63.

Die vorliegende Darstellung verwendet überwiegend primäre Quellen. Als wichtigste Quellen wurden Archivalien des Hauptstaatsarchivs Stuttgart und des Staatsarchivs Ludwigsburg untersucht, darunter vor allem Akten des Innenministeriums, der Kreisregierung des Neckarkreises und der Stadtdirektion Stuttgart. Außerdem wurden weitere Archivalien aus verschiedenen Beständen ausgewertet (Staatsministerium, Kabinett, Außenministerium, Gesandtschaften). Die Akten über die Sozialdemokratie sind für viele Oberämter nicht mehr erhalten, so auch für die im Rahmen dieser Untersuchung wichtigsten Oberämter (Eblingen, Heilbronn, Göppingen). Dort wo die Oberamtsakten noch erhalten sind, ergaben Stichproben, daß sie in aller Regel nichts Wesentliches ergeben über das bereits aus den Akten der übergeordneten Behörden Bekannte hinaus. Für lokale Bezüge sind den Oberamtsakten jedoch zusätzliche Informationen zu entnehmen, auf deren systematische Auswertung hier verzichtet werden konnte.<sup>72)</sup>

68) Unser Land und seine Sozialdemokraten. Die Sozialdemokratie in Baden und Württemberg. Hrsg. SPD-Landesverband Baden-Württemberg. Stuttgart/Frankfurt 1980.

69) In: Schw. Tgw. 191, 17.8.1907, S. 5-12.

70) Christof Rieber: Die württembergische Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz. In: Schadt/Schmierer, 1979, S. 71-77; ders.: Die Sozialdemokratie in Württemberg unter dem Sozialistengesetz. In: Unser Land und seine Sozialdemokraten, 1980, S. 27-29.

71) Vgl. Kap. "Das Überleben in der Illegalität - die württembergische Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz 1878-1890." In: Christ-Gmelin, 1976, S. 35-45.

72) Für lokalgeschichtliche Untersuchungen zum Thema bieten eine Übersicht: Gregor Richter/Wolfgang Schmierer: Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Hauptstaatsarchiv Stuttgart und im Staatsarchiv Ludwigsburg. In: IWK 4 (1967), S. 15-26; Herbert Natale: Materialien zur Arbeiterbewegung im Staatsarchiv Sigmaringen. In: IWK 8 (1969), S. 10-11.

Die sehr umfangreichen Akten des Stadtpolizeiamts Stuttgart im Stadtarchiv Stuttgart sind während des Zweiten Weltkriegs verbrannt.<sup>73)</sup> Weil aber in den anderen Städten Württembergs die Überwachung von Vereinen und politischen Parteien nicht in die Kompetenz der Kommunalbehörden gehörte, werden in den württembergischen Stadtarchiven kaum Akten mit direktem Bezug auf die Arbeiterbewegung zu finden sein.<sup>74)</sup> Die Auswertung von dort lagernden anderen wichtigen Quellen für die Geschichte der Arbeiterbewegung wie Lokalzeitungen, Gemeinderatsprotokolle, Familienarchive und Adreßbücher muß lokalgeschichtlichen Untersuchungen überlassen bleiben.<sup>75)</sup> Das Archiv der sozialen Demokratie in Bonn und die württembergische SPD besitzen kein ungedrucktes Quellenmaterial über die Sozialdemokratie in Württemberg für die Zeit des Sozialistengesetzes.<sup>76)</sup>

Wichtiges Material zur Geschichte der württembergischen Sozialdemokratie enthält außerdem der Nachlaß von Dr. Albert Dulk (+ 1884), des seinerzeit bekanntesten Sozialdemokraten in Württemberg. Diese Quellen konnten erstmals für eine geschichtliche Untersuchung benutzt werden.<sup>77)</sup>

73) Schmierer, 1970, S. 18.

74) Ebd.

75) Als weitere, vielleicht wichtige Quelle ist die Korrespondenz von Julius Motteler (Kurzbiographie siehe unten (Anhang 15)) mit württembergischen Sozialdemokraten (Dr. Albert Dulk, Louis Schlegel in Eßlingen, Genossen von Cannstatt und Eßlingen) zu nennen, die sich in dem vom Internationalen Institut für Sozialgeschichte Amsterdam (IISG) verwahrten Nachlaß von Julius Motteler befinden (laut schriftl. Mitteilung konnte sie wegen Umzugs des IISG nicht benutzt werden); Signaturen der 7 Briefe in: Otto Borst: Buch und Presse in Eßlingen. Eßlingen 1974, S. 390 f.

76) Mündl. Auskunft des Archivs der sozialen Demokratie, Bonn, und des SPD-Landesverbandes Baden-Württemberg, Stuttgart.

77) Heute im Besitz von Prof. Dr. Ilse Walter-Dulk, Stuttgart.

Von den Zeitungen des Landes<sup>78)</sup> enthalten die meisten Informationen über die württembergische Sozialdemokratie die Publikationsorgane der Volkspartei, der "Beobachter", und die "Schwäbische Kronik" als landespolitischer Teil des "Schwäbischen Merkur". Außerdem wurden die beiden Stuttgarter Zeitungen "Neues Tagblatt" und "Staatsanzeiger für Württemberg" ausgewertet, darüber hinaus zu Einzelfragen der "Schwarzwälder Bote" und das katholische "Deutsche Volksblatt" benutzt.

Von den eigenen Publikationsorganen der württembergischen Sozialdemokratie, nämlich "Süddeutsche Volkszeitung" (1873-78), "Vaterland" (1879-81) und "Schwäbisches Wochenblatt" (1882-90), sind nur noch einzelne Nummern erhalten.<sup>79)</sup> Nur die "Stuttgarter Presse" (1878-79) ist vollständig erhalten.<sup>80)</sup> Ersatz bieten die Korrespondenzen aus Württemberg im "Sozialdemokrat" (1879-90). Dieser erschien im Ausland, in Zürich und in London, unterlag also nicht der deutschen Zensur, was den Wert dieser Quellen erhöht.

Als weitere wichtige Quellen sind zu erwähnen die Protokolle der sozialdemokratischen Parteikongresse, Memoiren, zeitgenössische Broschüren und amtliche Publikationen. Hervorzuheben sind die Erinnerungen des führenden Heilbronner Sozialdemokraten Gustav Kittler.<sup>81)</sup> Sie schildern exemplarisch sozialdemokratische Parteiarbeit außerhalb Stuttgarts.

78) Otto Groth: Die politische Presse Württembergs. Phil. Diss. Tübingen 1915.

79) Die in die Württembergische Landesbibliothek, Stuttgart, gelangten Pflichtexemplare, sind dort während des 2. Weltkriegs verbrannt (Schmierer, 1970, S. 19); Eberlein gibt fälschlich als Lageort des "Schwäbischen Wochenblatts" das Staatsarchiv Ludwigsburg an (Alfred Eberlein: Die Presse der Arbeiterklasse und der sozialen Bewegungen von den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts bis zum Jahre 1967. Bd. 1-5. Berlin 1968-70, Nr. 21036; mündl. Mitteilung des Staatsarchivs Ludwigsburg); Einzel Exemplare der genannten Zeitungen konnten in verschiedenen Aktenbüscheln im HStAS und StAL sowie im Nachlaß Albert Dulks aufgefunden werden (vgl. Quellenverzeichnis).

80) Ebd.

- 
- 81) Gustav Kittler: Aus dem 3. württembergischen Reichstags-  
Wahlkreis. Erinnerungen und Erlebnisse. Heilbronn 1910.